



Wege zu paritätisch verteilter Macht – Stadträtinnen Freiburgs erzählen über Chancen und Hürden von Frauen in der Kommunalpolitik



Claudia Feierling, Fraktion Freie Demokraten / Bürger für Freiburg



Lina Wiemer-Cialowicz, Grüne Alternative Freiburg



Sophie Kessl, Die PARTEI



Julia Söhne, SPD



Dr. Carolin Jenkner, CDU



Vanessa Carboni, Bündnis90/Die Grünen



Nadyne Saint-Cast, Bündnis90/Die Grünen



Annabelle von Kalckreuth, Bündnis90/Die Grünen

Über 100 Jahre nach der Durchsetzung des Wahlrechts für Frauen sind weibliche Mitglieder in kommunalen Parlamenten immer noch eine Ausnahme: Nur 27 Prozent der Mandate in deutschen Gemeinde- und Stadträten sind von Frauen besetzt. Der aktuelle Freiburger Gemeinderat geht hier mit 43 Prozent Frauenanteil als gutes Vorbild in Richtung paritätischer Verteilung voran. Deshalb wollten wir mit Gemeinderätinnen Freiburgs über das Thema Gleichstellung und die Ausübung ihres politischen Engagements



gements ins Gespräch kommen. Was sind die Chancen und Hürden ein kommunalpolitisches Mandat auszuüben? Welche Rolle spielt hierfür das Geschlecht? Gibt es best-practice-Konzepte, die helfen können, mögliche Hürden zu überwinden?

Nachdem pandemiebedingt leider die geplante Podiumsdiskussion ausfallen musste, wir aber nicht auf die Stimmen der Frauen verzichten wollten, haben wir sie überwiegend telefonisch interviewt. Sieben leitfadenorientierte Interviews, sowie ein schriftlich beantworteter Fragebogen lieferten aufschlussreiche, gleichzeitig recht homogene Ergebnisse. Die hohe Homogenität ist wahrscheinlich darin begründet, dass die Befragung auf Freiwilligkeit beruhte. Zwar wurden allen Fraktionen des Gemeinderates dieselbe Anfrage zugeschickt, aber im Rücklauf überwog die Anzahl der Frauen aus der Fraktion der Bündnis90/Die Grünen. Könnte dies schon als Ergebnis gewertet werden, dass womöglich in dieser politischen Richtung mehr Engagement und Bereitschaft vorhanden ist, wenn es um frauenpolitische Themen geht? Ein Eindruck, der sich in den Ergebnissen noch bekräftigt. Damit soll aber keinesfalls das Engagement der Frauen anderer Parteien abgewertet werden, denn auch das wird in den Ergebnissen deutlich: ein hohes persönliches und politisches Engagement der Stadträtinnen!

Kommunalpolitik ermöglicht die direkte Gestaltung des eigenen Umfelds

Alle Stadträtinnen eint ein hohes Engagement und die Motivation, etwas bewegen zu wollen. Dabei wird häufig die Besonderheit der Kommunalpolitik hervorgehoben, das direkte Umfeld mitgestalten zu können.

„Das Gefühl, Sachen mitgestalten, mitverändern zu können, Sachen, die einen nerven, die einen aufregen aus einer positiven Haltung heraus, dass man etwas für sich und sein Umfeld tun kann.“ (J. Söhne, SPD)

Ein Teil der befragten Frauen erläutert zudem Missstände, die sie dazu bewogen haben, sich kommunalpolitisch zu engagieren. Dabei haben auch geschlechtsspezifische Aspekte eine Rolle gespielt:

„Weil ich denke, dass viele Sachen, die Familien betreffen, oft von Leuten entschieden werden, die zum Teil gar keine Familie haben oder noch in einer anderen Zeit groß geworden sind. In der die Frauen zu Hause waren und die Männer arbeiten waren. Ich habe das Gefühl, dass in der Stadtverwaltung aktive Frauen mit Kindern... ein modernes Gesellschaftsbild noch nicht in dem Maße berücksichtigt wird, wie ich mir das wünsche.“ (A. von Kalckreuth, Bündnis 90/Die Grünen)

Auch die Verbundenheit mit der Stadt kann ein Beweggrund sein. So sagt C. Feierling von der Fraktion Freie Demokraten / Bürger für Freiburg:

„Das was mich am meisten interessiert, ist natürlich, was hier in Freiburg passiert. Ich bin Freiburgerin, ich habe den größten Teil des Lebens hier verbracht.“

Außerdem bekomme sie viel mit, was den Bürger*innen nicht gefällt, da möchte sie sich engagieren.

Das Mandat als Privileg: Zeit und Geld als zentrale Hürden

Der Aspekt des Geschlechts ist mit unterschiedlichen Hürden verbunden, die es erschweren, das Mandat erhalten und auszuüben zu können. Hemmnisse sind zeitlicher, finanzieller und struktureller Art. So betonen alle Frauen den großen zeitlichen Aufwand des Mandats, der mit einem Teilzeitjob vergleichbar sei. Da die Tätigkeit als Ehrenamt gilt, erhalten die Parlamentarier*innen eine Aufwandsentschädigung, welche allerdings meist geringer ist als ein Einkommen aus einer Erwerbstätigkeit. Deshalb müssen häufig finanzielle Einbußen in Kauf genommen werden. Außerdem findet durch die zeitliche Organisation der Gremien eine strukturelle Exklusion statt, die besonders Eltern das Engagement erschwert oder gar unmöglich macht.

„Die Tagungen finden alle ab vier statt. Und wer kleine Kinder hat, weiß, dass von vier bis acht eigentlich so die Prime-Family-Time ist. Und auf die muss man verzichten zum großen Teil, wenn man ein kommunalpolitisches Mandat will. Das heißt, die größte Hürde war die private mit meinem Mann. Dass er beruflich zurücksteckt, damit ich mich kommunalpolitisch engagiere. Und wir sagen, wir geben Geld aus, dafür dass wir Kinderbetreuung... wir geben Geld für Hilfe aus, dafür dass ich mich kommunalpolitisch engagiere. Das ist finanziell ein Verlustgeschäft.“ (A. von Kalckreuth, Bündnis 90/Die Grünen)

Diese Hürden führen dazu, dass die Ausübung des Mandats finanzielle und zeitliche Ressourcen voraussetzt und politische Beteiligung infolgedessen zum Privileg wird. Da überwiegend Frauen Sorgearbeiten im Privaten übernehmen und ein geringeres durchschnittliches Einkommen als Männer haben, fehlen ihnen dementsprechend häufiger die Möglichkeiten sich neben ihren Alltagsaufgaben zusätzlich ehrenamtlich politisch zu engagieren.

Darüber hinaus gaben vereinzelte Stadträtinnen an, Vorbehalten ausgesetzt zu sein. Sie nehmen wahr, sich als Frau Respekt und Vertrauen härter erarbeiten zu müssen:

„Als junge Frau muss man gefühlt ein bisschen mehr dafür arbeiten, dass einem etwas zugetraut wird und dass man Verantwortung übertragen bekommt.“

(J. Söhne, SPD)

Oder, in den Worten von Dr. C. Jenkner von der CDU:

„Man muss sich das Vertrauen und den Respekt gefühlt subjektiv härter erarbeiten.“ Sie betont aber, dass sie *„nicht sagen kann, dass ich jetzt wirklich große Steine im Weg hatte.“*

Außerdem wird das Fehlen von Vorbildern als weiteres Hemmnis genannt:

„Das, was die Situation herausfordernder gemacht hat, war, dass ich in der ersten Legislatur also von 2014 bis 2019 die einzige – tatsächlich – Mutter mit kleinen Kindern war im Rat. Und deshalb gab es keine Vorbilder. Und das hat es mir manchmal schwer gemacht.“ (N. Saint-Cast, Bündnis 90/Die Grünen)

Unterstützende Vorbilder, Quotierung und direkte Ansprache als Schlüssel zum Erfolg

Fürsprechende und unterstützende Personen sind also von zentraler Bedeutung, darin sind sich die Stadträtinnen einig. Sie können als Vorbilder dienen und Interessentinnen die Aufgaben und Rahmenbedingungen des Mandats näherbringen:

„Das ist ganz wichtig, dass man Frauen in dem Fall kennt, die einen ein bisschen einführen können. Und wo man dann kucken kann: Finde ich das interessant? Wie funktioniert das eigentlich? Was kann ich überhaupt konkret umsetzen?“ (L. Wiemer-Cialowicz, Grüne Alternative Freiburg)

Auch die direkte Ansprache wird als Mittel vorgeschlagen, Frauen für ein politisches Engagement zu motivieren, da sie seltener von sich aus die Initiative ergreifen würden. Bei drei Fraktionen fällt auf, dass neben informellen Unterstützungen auch strukturelle Förderungsangebote vorhanden sind. So wird die Wahl von Frauen bei den Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und der Grünen Alternative Freiburg durch die Quotierung der Listen nach Geschlecht erleichtert. Bei den Bündnis 90/Die Grünen weisen Vanessa Carboni und Nadyne Saint-Cast darauf hin, zudem ein förderndes Mentoring ihrer Partei erhalten zu haben.

Insgesamt fällt auf, dass für die Frauen von Bündnis 90/ Die Grünen selbstverständlich zu sein scheint, dass sich Frauen gegenseitig unterstützen und dass es dafür auch Strukturen geben muss.

Gleichzeitig gibt es auch Frauensolidarität, die sich, quer durch die Parteien, auf die Themen bezieht. Beispielsweise sich gegenseitig in Wortbeiträgen unterstützen oder im Blick haben, dass Themen nicht ausschließlich männlich besetzt sind.

„Weil es einfach schon noch so ist, dass in solchen Runden ein sehr männlich dominiertes Redeverhalten besteht und das dann ganz gut ist, wenn man jemanden an der Seite hat, die sagt: „Was die Frau Söhne vorhin gesagt hat, das fand ich ganz gut und das nehme ich gerne nochmal auf.““ (J. Söhne, SPD)

Dass Medien eine zentrale Bedeutung auch dafür haben, ob Frauenpolitik wahrgenommen wird, ist von S. Kessl (Die Partei) angesprochen worden, Sie favorisiert das Format „We talk Freiburg.“

„WFT macht Kommunalpolitik für junge Frauen und anderer junge Menschen greifbar und ist ein guter Einstieg, diese komplexen Strukturen zu verstehen und dabei nicht einzuschlafen!“*

Der Erfolg hängt also zum einen mit Strukturen zusammen, die innerhalb von Parteien geschaffen werden müssen, mit gegenseitiger Unterstützung unter den Frauen und wird ebenfalls stark beeinflusst von Beachtung oder Nichtbeachtung in den Medien.

Eher positive Wahrnehmung von Konkurrenzverhältnissen

Auffällig ist, dass die Stadträtinnen ein eher positives Verständnis von Konkurrenz haben. Der Wettbewerb um Ämter und die richtigen Argumente wird überwiegend als selbstverständlich interpretiert.

„Mit Konkurrenz muss man umgehen lernen. Wichtig ist, dass jeder seine Schwerpunkte und Stärken herausarbeitet und mit diesen Stärken dann auch Politik macht.“ (C. Feierling, Fraktion Freie Demokraten / Bürger für Freiburg)

„Natürlich will jeder gewinnen, aber auf eine sportliche Art und Weise. Und ich hab´ den Eindruck, dass es durchaus ein Regelwerk gibt. [...] und es braucht natürlich auch ein bisschen den Kampf, weil wir ringen um eine Weiterentwicklung einer Kommune [...] und das darf auch mit viel Energie und Leidenschaft geführt werden, solange man faire Rahmenbedingungen setzt.“ (Dr. C. Jenkner)

Vereinzelt wird die politische Debatte als lustvoll wahrgenommen. Damit entkräften zumindest die Frauen, die hier zu Wort gekommen sind, das landläufige Vorurteil,

Frauen hätten Probleme mit Konkurrenz und würden darum weniger politische Ämter oder Führungspositionen bekleiden.

Enger zusammenrücken als Reaktion auf Anfeindungen der AfD

Auch in der Wahrnehmung rechtspopulistischer Tendenzen scheint es eine nahezu einheitliche Linie zu geben. So beschreiben die Stadträtinnen tiefgreifende Veränderungen im politischen Betrieb durch die Präsenz der AfD: eine Verrohung der Sprache, eine Entgrenzung des Sagbaren, eine politische Spaltung und eine Blockade der politischen Arbeit:

„Die AfD blockiert, feindet an, ist nicht aufmerksam.“

(L. Wiemer-Cialowicz, Grüne Alternative Freiburg)

Auch erfahren die Stadträtinnen zum Teil persönliche Beleidigungen:

„Leider spielt es für mich eine Rolle... es sind ja erstmals so zwei Typen vom ganz rechten Rand in den Gemeinderat eingezogen. Und auch diese Anfeindungen habe ich schon erlebt, meistens digital – aber das ist ja leider mittlerweile zum Standard geworden. Diese Versuche mich abzuwerten, finden auch im Gemeinderat statt, so bin ich kürzlich auch mal als „Fräulein“ bezeichnet worden.“ (S. Kessl, Die PARTEI)

Sie nehmen Anfeindungen überwiegend als herausfordernde Aufgabe wahr, geeignete Reaktionen zu finden. Als zentrale Notwendigkeit bewerten die Stadträtinnen eine klare Haltung und Positionierung gegen menschenfeindliche Äußerungen. Häufig wird geäußert, dass dabei immer wieder abgewogen werden müsse, wie viel Aufmerksamkeit einzelnen Provokationen geschenkt werden soll. Hilfreich sei, so die Meinung mehrerer Befragten, dass die demokratischen Fraktionen im Gemeinderat zusammengerückt seien und immer wieder gemeinsam Stellung beziehen. Außerdem sollen immer wieder Argumente gegen rechtspopulistische Aussagen vorgebracht werden. Insbesondere die Sichtbarkeit von aktiven und mächtigen Frauen könne frauenfeindlichen Aussagen die Grundlage entziehen:

„Viele Frauen, die aktiv mitgestalten. Dass die einfach gar nicht mehr in die Verlegenheit kommen. Weil, wenn die sowas sagen, in einem Saal der halbvoll mit Frauen ist, die mitentscheiden und auch Machtpositionen haben, dann hat das einfach keinen Halt mehr, was sie tun. Deshalb glaube ich, ist das sinnvollste, was man dem entgegensetzen kann, aktive Frauenförderung.“

(A. von Kalckreuth, Bündnis 90/Die Grünen)

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen. Wir bedanken uns bei den Stadträtinnen für ihre Bereitschaft, ihre Offenheit für diese Interviews und für ihr Engagement in der Freiburger Kommunalpolitik.

Beitrag des Gleichstellungsteams der Katholischen Hochschule Freiburg anlässlich der 900-Jahr Feier Freiburg, für Frauen* bilden Freiburg. Die Interviews führte Solveig Roscher.

